

## KURZMELDUNGEN

## Flughafen baut Logistikzentrum

GENÈ | Der Flughafen Genf investiert 270 Millionen Franken in den Bau eines neuen Logistikzentrums für die Gepäcksortierung. Es soll Ende 2022 in Betrieb gehen. Das neue Logistikzentrum mit insgesamt 13,5 Kilometern an Förderbändern wird 5200 Gepäckstücke pro Stunde sortieren können, deutlich mehr als die 2750 des aktuellen Systems. sda

## Céline Dion tritt zwei Mal auf

ZÜRICH/NYON | Céline Dion kommt im nächsten Sommer gleich zwei Mal in die Schweiz. Im Rahmen ihrer «Courage World Tour» tritt sie am 2. Juni im Zürcher Hallenstadion auf und am 20. Juli am Paléo Festival in Nyon. Damit kommt Dion nach drei Jahren zurück in die Schweiz. 2017 war sie im Stade de Suisse in Bern aufgetreten. In der Romandie hat Dion seit 2008 nicht mehr gesungen. sda

## Nestlé lanciert veganen Burger

ZÜRICH | Der Trend zu veganen Produkten ist nun auch bei Nestlé angekommen. Der Nahrungsmittelkonzern hat am Donnerstag in Zürich seinen fleischlosen Burger auf Basis von pflanzlichen Proteinen vor Journalisten präsentiert. Der bereits in rund zehn Ländern erhältliche «Incredible Burger» sei für den Start in der Schweiz noch verbessert worden, sagten die Verantwortlichen. sda

## Bern | Kleine Kammer unterstützt Gegenvorschlag des Bundesrats

## Ständerat gegen Burkaverbot

Der Ständerat empfiehlt die Volksinitiative für ein landesweites Verhüllungsverbot zur Ablehnung. Einen vom Bundesrat als Gegenvorschlag eingebrachten Gesetzesentwurf unterstützt er hingegen.

Zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» empfiehlt der Ständerat mit 34 gegen 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen ein Nein. Den indirekten Gegenvorschlag, mit dem der Bundesrat Verhüllungsverbote in der Kompetenz der Kantone belassen und dabei Probleme mit der Identifizierung gezielt angehen will, unterstützte der Ständerat am Donnerstag mit 35 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

«Die Initiative hat einen anti-muslimischen Unterton», konstatierte Daniel Jositsch (SP/ZH). Verschleierung sei ein Instrument für die Unterdrückung, aber die Initiative tue nichts dagegen. Doch auch der Gegenvorschlag enthalte kein Instrument gegen diese Unterdrückung.

Géraldine Savary (SP/VD) unterstützte die Initiative, obwohl sie ihr «Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie» attestierte. Doch ihr stelle sich die Gewissensfrage: Dass das Tragen einer Burka als individuelle Freiheit angesehen werden könne, verstehe sie nicht, sagte sie. Das sei eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

«Es gibt auch Männer, die verummumt herumspazieren», sagte Filippo Lombardi (CVP/

TI), Präsident beim Eishockey-Klub EHC Ambri Piotta. In seinem Heimatkanton funktioniere das Verhüllungsverbot, das das Volk mit dem Ja zu einer Initiative gewünscht habe.

«Niemand wird in der Schweiz so dumm sein und einen Anschlag in einer Burka planen», sagte Andrea Caroni (FDP/AR). Wer eine Burka trage, sei zwar nicht integrationsfähig, aber entweder eine Schweizer Konvertitin oder eine Touristin. Verhüllungen würden auch politisch eingesetzt, erinnerte er an einen Auftritt der Initianten.

## «In bestimmte Rolle gedrängt»

Eine Minderheit will die Initiative zur Annahme empfehlen. Thomas Minder (parteilos/SH) prophezeite der Initiative markant mehr Ja-Stimmen als seinerzeit die Minarett-Initiative erhalten hatte. «Bei uns in der Schweiz zeigt man sein Gesicht.» Der Gegenvorschlag habe lediglich Placebo-Wirkung, da er den Status quo statuieren.

Die Gesichtsverhüllung passe nicht zur Schweizer Gesellschaft, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter. «Sie drängt Frauen in eine bestimmte Rolle.» Umgekehrt stünden Kleidervorschriften aber im Widerspruch zu einer liberalen Gesellschaftsordnung.

Voll verhüllte Frauen sind in den Worten von Keller-Sutter «extrem selten» in der Schweiz. Eine Burka habe sie hierzulande noch nie gesehen, den Niqab sehe man vielleicht



«Extrem selten». Verschleierte Frauen in einer Einkaufsstrasse in Genf.

THEMENFOTO KEYSTONE

in Interlaken oder in Luxus-Einkaufsstrassen. «Touristinnen sind für das gesellschaftliche Zusammenleben in der Schweiz nicht entscheidend.»

## Initiative für landesweites Verbot

Hinter der Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» steht das «Egerkinger Komitee» um Nationalrat Walter Wobmann (SVP/SO), das im November 2009 bereits die Initiative für ein Minarett-Verbot durchgebracht hat. Das neue Begehren fordert ein landesweites

Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum.

Im Auge hat das Komitee religiös begründete Verschleierungen, aber auch verummumte Vandalen. Ausnahmen vom Verhüllungsverbot will es ausschliesslich aus Gründen der Sicherheit, der Gesundheit, des Klimas und des einheimischen Brauchtums zulassen. Ausserdem soll niemand eine Person zwingen dürfen, ihr Gesicht zu verhüllen.

Der Bundesrat will mit seinem indirekten Gegenvorschlag eine gesetzliche Pflicht

introduzieren, das Gesicht zu zeigen, wenn die Person identifiziert werden muss. Als Beispiele genannt werden die Bereiche Migration, Zoll, Sozialversicherungen oder Billettrollen in öffentlichen Verkehrsmitteln. Bei Verstössen sollen Busse von bis zu 10 000 Franken ausgesprochen werden. Eine verlangte Leistung wird verweigert, wenn jemand das Gesicht nicht zeigt – soweit das anwendbare materielle Recht es nicht ausschliesst. Das schrieb der Ständerat ausdrücklich in den Gesetzesentwurf. sda

## Zürich | Leerstandsquote am Mietwohnungsmarkt steigt

## 75 323 leere Wohnungen

Das Negativzinsumfeld führt zu einer Überproduktion und damit zu steigenden Leerstandsquoten am Schweizer Wohnungsmarkt. Dabei entwickeln sich die Leerstände laut einer Studie regional deutlich unterschiedlich. Am stärksten in Schieflage geraten ist das Tessin.

Null- und Negativzinsen dürften Investoren noch auf Jahre hinaus begleiten. Daher dürfte noch mehr Kapital in den mit attraktiven Renditen lockenden Immobiliensektor fließen. Davon ist die Credit Suisse überzeugt, die am Donnerstag den Schweizer Immobilienmonitor veröffentlichte.

Das befeuert die Überproduktion auf dem Mietwohnungsmarkt, was letztlich zu weiter steigenden Leerständen führen wird. 2019 ist die Zahl der leer stehenden Wohnungen bislang bereits um 3029 auf neu 75 323 Wohneinheiten gestiegen, rechnet die CS vor. Die Leerwohnungsziffer der Mietwohnungen ist somit innert Jahresfrist auf 2,64 Prozent von 2,55 Prozent geklettert und hat sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Regional hat sich der Anstieg der Leerstände unterschiedlich entwickelt. 47 der 110 Schwei-



Überproduktion. Die Zahl der leer stehenden Wohnungen hat sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt.

FOTO KEYSTONE

zer Wirtschaftsregionen verzeichneten gemäss der CS eine Zunahme der Leerwohnungsziffer, 32 eine Abnahme und die restlichen 31 Regionen eine Seitwärtsbewegung.

## NEAT Auslöser für Überproduktion im Tessin

In Regionen, die stark vom Überangebot betroffen sind wie der Kanton Solothurn, der Thurgau und das Tessin liegen die Leerwohnungsziffern teilweise bei über 3 Prozent. Im

Tessin ist die Leerstandsquote bei den Mietwohnungen mittlerweile bei der Marke von 4,44 Prozent angekommen. Den Südschweizer Kanton in Schieflage gebracht haben gemäss CS kräftige Investitionen in den Mietwohnungsbau, die vor dem Hintergrund einer besseren Anbindung des Tessins durch die beiden Basistunnel Gotthard und Ceneri sowie einer attraktiven S-Bahn im Dreieck Bellinzona-Locarno-Lugano erfolgten. Als sich dann

aber nach einer Phase überdurchschnittlicher wirtschaftlicher Dynamik in den Jahren 2012 bis 2015 die Konjunktur abschwächte, konnte das zusätzliche Wohnungsangebot nicht mehr vollständig an den Mann gebracht werden. Dazu gesellte sich auch noch eine seit zwei Jahren schrumpfende Bevölkerung, was der Absorption der rund dreimal höheren Mietwohnungsproduktion seit 2015 ebenfalls nicht förderlich war. sda

## KURZNACHRICHTEN

## Konzern-Initiative: Debatte vertagt

BERN | Der Ständerat wird erst nach den Wahlen entscheiden, ob Schweizer Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden von Tochtergesellschaften im Ausland haften sollen. Er hat am Donnerstag entschieden, das Geschäft zu vertagen. Zur Debatte stand ein indirekter Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Im Frühjahr hatte sich der Ständerat mit 22 zu 20 Stimmen dagegen ausgesprochen. Die Mehrheit erachtete eine Regulierung als unnötig und schädlich für die Schweizer Wirtschaft. sda

## Räte für höheren Kinderabzug

BERN | National- und Ständerat erhöhen den Steuerabzug für die externe Betreuung von Kindern. Profitieren sollen aber auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen – zum Unmut der Ratslinken, die mit dem Referendum droht. Beide Kammern haben am Donnerstag die letzte Differenz bei der Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer ausgeräumt. Mit 124 zu 55 Stimmen stimmte der Nationalrat dem Antrag der Einigungskonferenz zu, der Ständerat mit 21 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen. sda

## Fremdsprachen im Parlament

BERN | Am Donnerstag haben die Bundesangestellten erstmals den «Tag der Mehrsprachigkeit» begangen. Der vom Verein Helvetia Latina lancierte Anlass soll Austausch und Verständnis zwischen den verschiedenen Sprachgemeinschaften fördern. Auch das Parlament macht mit. Viele Mitglieder von National- und Ständerat äusserten zumindest ein paar Sätze in einer anderen Landessprache. So stellte etwa SP-Ständerat Christian Levrat (FR) fest, er spreche in zwei Fällen Deutsch: «Wenn ich wütend bin und wenn es wichtig ist.» sda

## Wolf reisst 41 Schafe

BELLINZONA | Ein Wolf hat im Val Canaria bei Airolo TI von Ende Juli bis zum 23. August 41 Schafe gerissen. Er griff sich die Tiere bei vier verschiedenen Beutezügen. Genetische Analysen beweisen, dass nur ein Tier für die Risse verantwortlich ist. Der Schafhalter erhält eine Entschädigung, wie die Umwelt- und die Finanzdirektion am Donnerstag mitteilten. Das Raubtier schlug auf verschiedenen Alpen in der Region zu. Die Landwirte liessen ihre Schafe den Sommer über ohne grössere Schutzmassnahmen auf den Bergweiden. sda